



(c) Michael Krömer

Update aus Berlin

September 2023 (III)

**ZEHN
JAHRE
BERNHARD
IM**



Liebe Genossinnen und Genossen, liebe Freundinnen und Freunde,

in dieser Woche wurden die Sprecher:innen der Arbeitsgruppen gewählt. Die Sprecher der Arbeitsgruppen sind deren Vorsitzenden nach außen und gegenüber anderen Fraktionsgremien. Ich bin einstimmig wieder zum Sprecher der AG Kommunalpolitik gewählt worden. In der AG bauen, Wohnen, Stadtentwicklung und Kommunen gab es mit Timo Schisanowski aus Hagen aus der Gruppe der Seeheimer eine weitere Bewerbung. Es freut mich sehr, dass ich als Sprecher dieser AG mit 142 Stimmen für mich und 50 Stimmen für Timo Schisanowski ein ausgesprochen gutes Ergebnis erzielt habe. Über die Zustimmung und Ermutigung habe ich mich außer-ordentlich gefreut. Für mich ist es ein Zeichen der Anerkennung meiner Arbeit. In beiden Funktionen werde ich mich weiterhin für eine sozialverantwortliche Bau – und Wohnungspolitik und die Belange der Kommunen einsetzen. Für den erweiterten Fraktionsvorstand habe ich nicht erneut kandidiert, um neuen Mitgliedern der Fraktion die Möglichkeit zu geben, dort mit zu arbeiten.

Der **3. Oktober** ist immer auch Anlass, den Blick auf den aktuellen Stand der Deutschen Einheit zu richten. In einer Untersuchung der Friedrich-Ebert-Stiftung ist dargestellt worden, dass der alte Stadt–Land–Gegensatz ebenso wenig gültig ist, wie der Ost–West–Gegensatz. Es gibt mittlerweile prosperierende Städte und Regionen in ganz Deutschland und leider auch solche, die sich in schwierigen Lagen befinden. Dennoch: Die Wiedervereinigung war für Ostdeutsche mit tiefen Umbrüchen in fast allen Lebensbereichen verbunden. Diese Lebensleistung der Ostdeutschen wird in Halle mit dem Zukunftszentrum für Deutsche Einheit und Europäische Transformation gewürdigt. Respekt vor der Lebensleistung haben wir endlich auch bei der Rente erreicht: Seit dem 1. Juli 2023 gilt ein gleich hoher Rentenwert in Ost und West. Mit dem Mindestlohn von 12 Euro haben besonders viele Ostdeutsche ein kräftiges Lohnplus erhalten.

Diese Woche haben wir **Katarina Barley** zu unserer Spitzenkandidatin für die Europawahl im Juni 2024 nominiert. Mit Katarina Barley haben wir eine Vollbluteuropäerin, die sich für ein soziales, friedliches und gerechtes Europa einsetzt. Sie steht für die Fundamente der Europäischen Union ein: für Rechtsstaatlichkeit, Demokratie und Freiheit. Diese gilt es, immer wieder gegen Populistinnen und Populisten zu verteidigen. Ihnen stellen wir ein Europa entgegen, das solidarisch ist und gemeinsame Antworten auf die Herausforderungen unserer Zeit findet. Denn nur dann ist Europa stark.

In knapp zwei Wochen **am 8. Oktober wird in Hessen und in Bayern gewählt**. Ich wünsche allen Wahlkämpfenden viel Kraft beim Endspurt und viel Erfolg und ein gutes Ergebnis für uns Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten.

Viel Spaß beim Lesen und ein schönes Wochenende wünscht Euch,

Euer



Inhalt

Die Umfrage. >>> Meine Rede zum Antrag der CDU/CSU. >>> 10 Jahre im Bundestag.
>>> Wohnungsbaugipfel stellt 14 Maßnahmen vor. >>> AG Kommunalpolitik: Immer mehr Gewalt gegen kommunale Mandatsträger. >>> Bürgergeld: Lohnt sich arbeiten noch?! >>> Kabinettsbeschluss Kindergrundsicherung. >>> Neues aus dem Wahlkreis.

Die Umfrage.

Jetzt seid ihr dran. Ich möchte das Update nutzen, um Euch nach Eurer Meinung zu fragen. Wie die Abstimmung ausgegangen ist, könnt Ihr im nächsten Update einsehen.

Am Montag kamen die Bundesregierung und Vertreter:innen der Branche zum Wohnungsbaugipfel zusammen. Die beschlossenen Maßnahmen für mehr bezahlbaren und klimafreundlichen Wohnraum sind seitdem in aller Munde (S. 4).

Findest Du die Maßnahmen ausreichend?



- » Die 14 vorgestellten Maßnahmen des Baugipfels sind wichtige Impulse, um den Wohnungsmarkt zu entlasten.
- » Die SPD muss noch stärker den Schutz der Mieterinnen und Mieter vor Mieterhöhungen durchsetzen.
- » Die Maßnahmen sind nicht ausreichend und werden keine Impulse geben.

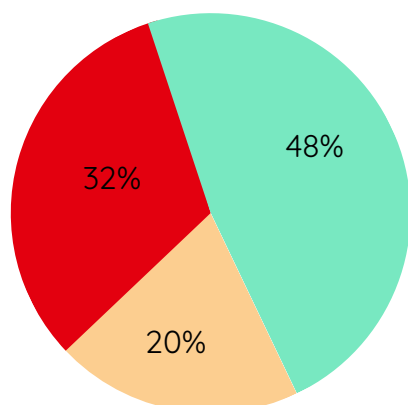
Hier könnt Ihr anonym online abstimmen!



Letzte Umfrage:

Die Zustimmungswerte zur AfD und zu rechten Position steigen in vielen Teilen unseres Landes immer weiter. Wer ist in der Pflicht für mehr Engagement gegen Rechts?

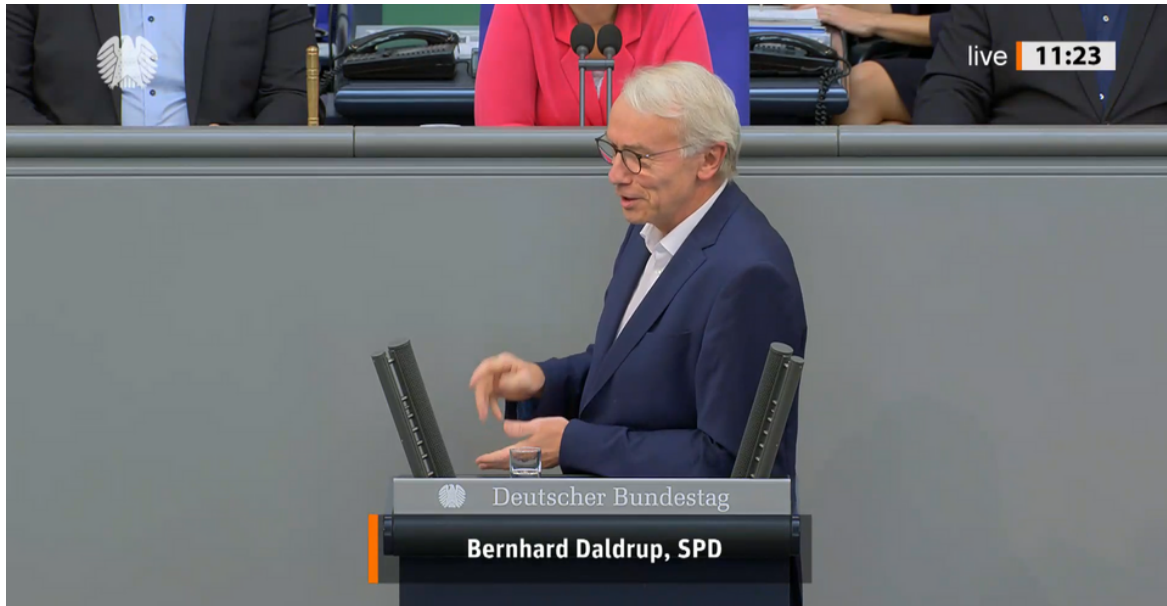
So habt Ihr abgestimmt:



- Die hohen Zustimmungswerte zu rechten Tendenzen sind größtenteils durch die Unzufriedenheit mit der aktuellen Politik zu begründen. Die Parteien der Mitte müssen deshalb liefern.
- Bürgerinnen und Bürger sind selbst verantwortlich - wir müssen alle jeden Tag entschlossen gegen Hass und Hetze aufstehen und die Stimme erheben.
- Es sind alle gefragt - Parteien, Institutionen, Bildungseinrichtungen und die Gesellschaft selbst.

Eine Stimme aus der Umfrage: "Die Unzufriedenheit wird von den Medien geschürt. Umfragewerte beziehen sich auf einen geringen Bevölkerungsanteil, der lediglich negative Meinungen spiegelt. Es müssen mehr positive Nachrichten und Informationen zu den Ergebnissen der politischen Arbeit veröffentlicht werden. Keine Absichtserklärungen, Tätigkeiten."

Meine Rede zum Antrag der CSU/CSU.



Im Plenum ging es am Donnerstag um einen Antrag von CDU und CSU, der uns in den Ampel-Fraktionen doch etwas stutzig werden ließ. Unter dem Titel „Deutschland aus der Baukrise führen – Jetzt wirksame Maßnahmen für bezahlbares Bauen und Wohnen ergreifen“ fordert die Fraktion schnelle Lösungen für die angespannte Lage auf dem Wohnungsmarkt. Und das drei Tage nach dem Wohnungsbaugipfel von Klara Geywitz, Olaf Scholz und dem „Bündnis bezahlbarer Wohnraum“ (siehe Seite 4).

Es wundert nicht, dass die Union die Ursachen für die Krise der Bauwirtschaft ausschließlich in der Arbeit der Bundesregierung sieht. Dabei schreibt die CDU/CSU selbst in Ihrem Antrag: „Die Wohnungsbaukrise findet ihre Ursache in der Kombination aus stark gestiegenen Baukosten bei gleichzeitig binnen kurzer First fast vervierfachen Bauzinsen.“

CDU und CSU sind immer gut, wenn es darum geht auf andere zu zeigen, nur eigene Lösungen in Verantwortung sucht man vergeblich. Eines vergisst die Fraktion nur allzu häufig, auch sie sind in den meisten Landesregierungen beteiligt und Bauen ist erst einmal Ländersache! Da fällt doch auf, dass im größten Bundesland NRW der Bau von sozialem Wohnraum stockt, während in den SPD-geführten Ländern wie Bremen oder Niedersachsen die Zahlen steigen. Auch im kleineren Baden-Württemberg sind im letzten Jahr mehr Wohnungen fertiggestellt worden als in NRW.

Viele Forderungen aus dem Antrag von CDU/CSU sind längst auf dem Weg gebracht und im Bündnis vereinbart worden. Die CDU läuft der Zeit einfach nur hinterher. Dazu gehören die Sonderabschreibungen, das Förderprogramm „Wohneigentum für Familien“, das Programm „Jung kauft Alt“, das Aussetzung von höheren Standards, ein Konzept für den Gebäudetyp E sowie eine Vereinfachung im Baugesetzbuch.

Aber: Die Union verwendet lieber ihre Kraft und Zeit dafür, einen Keil in die Debatte zu treiben, anstatt gemeinsam nach Lösungen zu suchen.

[Hier](#) könnt Ihr die gesamte Rede nochmal [bei Facebook](#) anschauen und [hier bei Instagram](#).

10 Jahre im Deutschen Bundestag.

Am 22. September 2013, also vor ziemlich genau zehn Jahren, wurde ich zum ersten Mal in den Deutschen Bundestag gewählt - der Beginn der wohl spannendsten und ereignisreichsten Zeit meines Lebens. Seit über einem Jahrzehnt bin ich nun Abgeordneter des Deutschen Bundestages und vertrete in Berlin die Interessen der Bürgerinnen und Bürger des Kreises Warendorf. Ich darf dabei auf überwiegend großartige Jahre zurückblicken und kann behaupten, auch schon schwierige Zeiten überstanden und daraus gelernt zu haben. All das wäre ohne wunderbare Menschen an meiner Seite und die tolle Unterstützung durch mein Team nicht möglich gewesen. Danke für Rat und Tat, Zuspruch und Kritik.



Wohnungsbaugipfel stellt 14 Maßnahmen vor.

Die Lage des Wohnungsmarktes ist angespannt. Um dafür Lösungen zu finden, kamen gestern Vertreter:innen für das Bündnis bezahlbarer Wohnraum im Kanzleramt zusammen. Mit Erfolg: Insgesamt 14 Maßnahmen zur Konjunkturbelebung der Bau- und Immobilienbranche wurden vorgestellt. Die wichtigsten:



Die Einkommensgrenze für Familien bei der Wohneigentumsförderung wird von 60.000 auf 90.000 € erhöht, damit mehr junge Eltern sich den Traum vom Eigenheim erfüllen können. Dabei unterstützen wird sie auch das geplante Programm „Jung kauft Alt“, das mehr Anreize schaffen soll, ältere Gebäude zu kaufen und klimagerecht zu sanieren. Leerstehende Gewerbegebäude sollen dank 480 Mio. € Förderung vermehrt zu Wohnraum umgebaut werden. Die neue Wohngemeinnützigkeit für mehr bezahlbaren Wohnraum kommt und Kommunen mit angespanntem Wohnungsmarkt können bis Ende 2026 schneller und einfacher Wohnungen planen und bauen.

[Einen Gesamtüberblick über die Maßnahmen findest du hier.](#)

AG Kommunalpolitik: Immer mehr Gewalt gegen kommunale Mandatsträger.

Die Zahl der verbalen und tätlichen Angriffe auf Politiker und Parteibüros hat seit Jahresbeginn deutlich zugenommen. In den ersten sechs Monaten wurden bundesweit 739 Angriffe auf Reprä-sentanten der im Bundestag vertretenen Parteien registriert. Im zweiten Halbjahr 2022 waren es lediglich 392 Fälle. Gezählt wurden unter anderem tätliche Angriffe, Beleidigungen und Bedrohungen.



Hinter den Zahlen gibt es viele Geschichten, erschreckende, verstörende, es geht um Body-shaming, Rassismus, Sexismus. Den höchsten Preis aber zahlen nicht die Minister und Abgeordneten, die Sicherheitsleute, gepanzerte Wagen und vertrauliche Informationen bekommen, um sich und ihre Familien einigermaßen schützen zu können. Völlig ausgeliefert sind oft Kommunalpolitikerinnen und Kommunalpolitiker. Über dieses wichtige Thema haben wir in der AG Kommunalpolitik mit **Jörn Thießen** diskutiert, **dem Abteilungsleiter Heimat aus dem BMI**, und meinem Kollegen aus dem Rechtsausschuss **Sebastian Fiedler**.

“Lohnt sich arbeiten überhaupt noch?!” Gegen Fake-News zur Bürgergeld-Erhöhung.

Worum geht's?

Zum 1. Januar 2023 haben wir das Bürgergeld eingeführt. Es sorgt für mehr Wertschätzung für Lebensleistung, bessere Weiterbildungschancen und mehr Sicherheit. Mit dem Bürgergeld haben wir auch dafür gesorgt, dass der Regelsatz – also das Geld, welches zur Sicherung des Existenzminimums dient – künftig früher an die Inflation angepasst wird. Dies führt zu einer deutlichen Erhöhung des Regelsatzes ab dem 1. Januar 2024. Beispielsweise erhalten alleinlebende Erwachsene dann 563 Euro pro Monat, also 61 Euro mehr (hinzu kommen die Kosten für die Unterkunft). Dies ist notwendig, um die gestiegenen Lebenshaltungskosten auszugleichen. Studien zeigen, dass die Inflation Menschen mit wenig Geld stärker trifft, da sie anteilig mehr für Lebensmittel ausgeben müssen.

Teile der Opposition behaupten, dass der Anreiz, einen Job anzunehmen, durch die Regelsatzerhöhung gesunken ist – insbesondere, wenn dieser mit dem Mindestlohn vergütet wird. Eine aktuelle Berechnung des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung widerlegt diese These. Beschäftigte, die Vollzeit zum Mindestlohn arbeiten, haben in unterschiedlichen Konstellationen ein höheres Einkommen als Personen, die Bürgergeld beziehen. Das gilt auch nach der Anhebung des Bürgergelds im kommenden Jahr. Im Folgenden sind Rechenbeispiele für drei verschiedene Fälle aufgeführt:

Einkommen mit und ohne Erwerbstätigkeit ab 2024			
	Haushaltseinkommen bei Bürgergeld (pro Monat)	Haushaltseinkommen bei Mindestlohn (netto, pro Monat)	Differenz (pro Monat)
Single	966 €	1.498 €	+ 532 €
Alleinerziehende, 1 Kind (14-17 Jahre)	1.701 €	2.465 €	+ 764 €
Familie, 3 Kinder (14-17 Jahre)	3.514 €	3.960 €	+ 446 €

Quelle: WSI, September 2023

Die Rechenbeispiele zeigen: Wer arbeitet, hat mehr Geld zur Verfügung. Grund hierfür sind niedrigere Steuern und geringere Sozialversicherungsbeiträge für Geringverdienende. Hinzu kommt der steuerliche Grundfreibetrag, also der Teil des Einkommens, der steuer- und abgabenfrei ist. Dieser liegt derzeit bei 10.908 Euro im Jahr.

Außerdem haben Mindestlohn-Empfänger:innen Anspruch auf das Wohngeld Plus von bis zu 370 Euro monatlich. Eltern können zudem einen Kinderzuschlag von bis zu 250 Euro pro Monat zusätzlich zum Kindergeld erhalten (ebenfalls 250 Euro im Monat).

Mehr Informationen zum Lohnabstand findest du hier.

Kabinett beschließt Kindergrundsicherung.



Kein Kind soll in Armut aufwachsen. Wir werden eine Kindergrundsicherung einführen, die Kinder aus der Armut holt und bessere Chancen für Kinder und Jugendliche schafft. Im ersten Schritt haben wir zum 1. Januar 2023 die Kinderregelsätze im Bürgergeld sowie den Kinderzuschlag erhöht und das Kindergeld auf 250 Euro pro Monat angehoben.

Mit der Kindergrundsicherung wollen wir ab 2025 die Familienförderung gerechter und einfacher machen: mit einem festen Kindergarantiebetrag von 250 Euro und einem einkommensabhängigen Zusatzbetrag, der nach der finanziellen Situation der Eltern gestaffelt ist. Die neue Leistung soll zielgenau, leicht zugänglich und möglichst unbürokratisch sein. Bis zu 5,6 Mio. Kinder sollen mit dem neuen Kinderzuschlagbetrag direkt erreicht werden – darunter viele Kinder, deren Eltern derzeit aufgrund von komplizierten Anträgen oder unübersichtlichen Leistungen keine Förderung in Anspruch nehmen. Das ist ein großer Schritt in der Armutsbekämpfung.

Als SPD-Fraktion werden wir in den parlamentarischen Beratungen die konkrete Umsetzung der Antrags- und Auszahlungsverfahren bei der Kindergrundsicherung genau ansehen. Die Beantragung muss so niedrigschwellig und transparent wie möglich sein. Nur dann erreichen wir auch unser Ziel: Dass jedes Kind in Armut eine angemessene Förderung erhält. Es geht uns aber nicht nur um die materielle Absicherung, sondern auch darum, allen Kindern gute Chancen auf beste Bildung und soziale Teilhabe zu ermöglichen. Deswegen verbessern wir die Qualität der Kitas, bauen die Ganztagsbetreuung an Grundschulen aus und helfen Schulen in benachteiligten Regionen mit dem Startchancenprogramm.



Beckum steht "Gemeinsam für eine starke Demokratie" mit der SPD-Bundestagsabgeordneten Elisabeth Kaiser

„Wir müssen jeden Tag aufstehen und unsere Stimme heben für eine freiheitlich demokratische und tolerante Gesellschaft!“ - gemeinsam mit dem SPD-Stadtverband Beckum konnten wir meine Bundestagskollegin Elisabeth Kaiser für eine wichtige Veranstaltung zum Thema Demokratie und Extremismusprävention gewinnen. Unter dem Titel "Gemeinsam für eine starke Demokratie - gegen Hass und Hetze!" versammelten sich zahlreiche engagierte Bürgerinnen und Bürger, um sich über die aktuellen Herausforderungen für unsere Demokratie auszutauschen.



Elisabeth brachte Erfahrungen aus ihrer Heimat Thüringen und ihrer Arbeit in der AG "Strategien gegen Rechtsextremismus" ein. Mit großer Sachkenntnis erläuterte sie präventive und repressive Maßnahmen gegen Rechtsextremismus und betonte die Notwendigkeit eines politischen und gesamtgesellschaftlichen Engagements gegen Hass und Hetze: „In der aktuellen Situation in unserem Land müssen wir beide Bereiche intensivieren: Die Prävention, also noch mehr politische Bildung und Aufklärung, sowie die Repression, indem wir rechtsextreme Netzwerke und Gruppierungen konsequent unterbinden.“

Podium und Publikum führen lebhafte und wichtige Diskussion

Während der Veranstaltung hatten die Teilnehmerinnen und Teilnehmer die Möglichkeit, mit der Staatssekretärin in einen offenen Dialog zu treten. Es entwickelte sich eine lebhafte Diskussion, bei der unterschiedliche Standpunkte und Ideen zur Stärkung unserer Demokratie ausgetauscht wurden.

In ihren Grußworten ermutigten auch der Beckumer Bürgermeister Michael Gerdhenrich und der SPD-Stadtverbandsvorsitzende Julian Ottenlips die Anwesenden dazu, ihre Stimme gegen Populismus, Hass und Hetze zu erheben. Sie unterstrichen die Bedeutung eines starken demokratischen Engagements in unserer Gesellschaft und betonten, dass Demokratie nicht immer bequem sei, aber unverzichtbar für unsere freiheitliche Gesellschaft.

Die Veranstaltung "Gemeinsam für eine starke Demokratie - gegen Hass und Hetze!" war ein wichtiger Beitrag zur Diskussion über die Zukunft unserer Demokratie und die Bekämpfung von Extremismus. Wir danken allen Teilnehmerinnen und Teilnehmern für ihr Interesse und ihr Engagement für eine demokratische und offene Gesellschaft.